

Dezentralisation in Deutschland

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **26 (1960)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-363895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neues NATO-Aktionsprogramm für zivile Verteidigung*

Der NATO-Ausschuss für Zivilverteidigung übermittelte kürzlich nach Informationen aus Paris dem NATO-Rat ein ausführliches neues Aktionsprogramm, das den gesamten Bereich der zivilen Verteidigung, von der Schaffung von Luftschutzbauten bis zur Evakuierung der Zivilbevölkerung, mit den sich hieraus ergebenden Problemen umfasst. Der NATO-Rat hat dieses Programm grundsätzlich gebilligt und an die Regierungen der Bündnispartner mit der Aufforderung weitergeleitet, mitzuteilen, welche Massnahmen sie zu ergreifen gedenken.

Bisher wurde die zivile Verteidigung von der NATO sozusagen als «armer Verwandter» behandelt. Die neue Aktion wird diese Situation kaum innerhalb kurzer Zeit wesentlich ändern können. Die NATO würde es aber bereits als einen Erfolg bezeichnen, wenn auf der atlantischen Konferenz im Dezember dieses Jahres in Anwesenheit der Verteidigungs- und der Finanzminister über die Zivilverteidigung ausführlich gesprochen würde, was bisher niemals möglich war.

Drei Schwierigkeiten stehen der sofortigen Verwirklichung des Zivilverteidigungsprogramms entgegen. Es bestehen erstens Meinungsverschiedenheiten über die Art und den Umfang der zivilen Verteidigungsvorbereitungen für den Fall eines Angriffs. Eine Gruppe vertritt die Ansicht, ein Atomkrieg würde schnell zu einer völligen Desorganisation des Lebens führen. Es hätte keinen Sinn, eine Organisation für längere Frist mit den hierzu gehörenden Vorratslagern vorzubereiten. Es wäre zweckmässiger, die Aktion der zivilen Verteidigung auf wenige Tage zu konzentrieren, um das Überleben einer Höchstzahl von Menschen sicherzustellen. Was anschliessend geschehen werde und könne, liesse sich nicht voraussagen, und es sei zwecklos, sich jetzt schon mit späteren Massnahmen zu befassen. Dieser These wird entgegengehalten, dass die Zivilverteidigung nicht nur einen Atomkrieg, sondern auch den konventionellen Angriff in Rechnung stellen müsse. Aber selbst ein Atomkrieg würde nicht überall zu einer vollständigen Zerstörung führen und nichts an dem zu erwartenden Flüchtlingsproblem ändern, das in den

Aufnahmeländern bestimmte Organisationsmassnahmen voraussetzt.

Die zweite Schwierigkeit ergibt sich für die Verwirklichung des Planes aus finanziellen Gründen. Selbst für Teillösungen müssten erhebliche Mittel aufgewandt werden. Keine Regierung ist aber zurzeit geneigt oder in der Lage, solche finanzielle Opfer zu bringen, selbst wenn ihr nachgewiesen wird, dass der europäische Kontinent weit hinter den zivilen Verteidigungsanstrengungen Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten zurücksteht.

Schliesslich spielt die psychologische Seite der Angelegenheit eine Rolle. Verschiedene Bündnispartner halten es für unzumutbar, die Angst vor einem Atomkrieg noch zu steigern. Man könnte damit den Sowjets in ihrer Propaganda gegen die Atomwaffen in die Hände arbeiten. Andererseits sei eine grosszügige Zivilverteidigungsaktion ohne Mitwirkung der Öffentlichkeit nicht möglich. Die Evakuierungsfrage ist für die Bundesrepublik besonders schwierig, denn jede Vorbereitung von Räumungsmassnahmen ostwärts des Rheins ergibt, zumindest psychologisch, einen Widerspruch zu der von der NATO immer wieder verkündeten Absicht, Europa an der Elbe und nicht am Rhein zu verteidigen.

Seitens des Zivilverteidigungsausschusses der NATO wird jedoch darauf hingewiesen, dass eine Verteidigung Europas überhaupt unmöglich wird, wenn man sich nicht rechtzeitig mit dem auf jeden Fall zu erwartenden Flüchtlingsproblem befasst. Vorbereitend muss dafür an Auffanglager, Lebensmittel- und Kleiderbevorratung sowie an Notkrankenhäuser gedacht werden. Es handelt sich hier um eine umfassende Gemeinschaftsaktion, an der sich vornehmlich die Bundesrepublik, die Beneluxstaaten, Frankreich und Italien zu beteiligen hätten, möglicherweise mit finanzieller Hilfe der USA.

Solange die Regierungen der NATO-Länder zu dem Aktionsprogramm des Ausschusses für Zivilverteidigung noch nicht Stellung genommen haben, wird dieser streng vertraulich behandelt. Offiziell ist lediglich zu erfahren, dass er einen umfassenden Charakter besitzt und zum ersten Male in unmissverständlicher Form auf die Notwendigkeit beschleunigter Massnahmen hinweist.

* Aus «Ziviler Luftschutz», Nr. 6/1960.

Dezentralisation in Deutschland

Nachdem seit dem Kriege allgemein eine erhebliche Verstärkung des Bevölkerungszuges von den Landgebieten in die Städte festzustellen war, hat nun zum ersten Male das Wachstum westdeutscher Grosstädte etwas nachgelassen.

Im Vergleich zum Jahre 1955 verminderte sich im letzten Jahr der sog. Zuwanderungsgewinn z. B. in Hamburg um 50 Prozent, in Stuttgart um 25 % und in Köln um 60 %. Darüber hinaus verzeichnen einige Städte des besonders eng bevölkerten Ruhrgebiets sogar leichte Verluste: Gelsenkirchen um 7 %, Duisburg um 4,8 %, Oberhausen um 4,1 %, Dortmund um 2,2 % und Essen um 0,5 %. Das Beispiel von Hannover zeigt noch deutlicher, dass an die Stelle der Landflucht mit der Zeit eine eigentliche Stadtflucht getreten ist, indem einerseits die Zuwanderung zur Stadt um einen Fünftel zurückging und sich andererseits die Abwanderung auf das Land um fast drei Fünftel vermehrte.

Die Gründe zu dieser umgekehrten Bevölkerungsbewegung können statistisch nicht ohne weiteres erfasst werden. Es ist aber anzunehmen, dass die Förderung des Baues von Eigenheimen durch die westdeutsche Regierung, verbunden mit dem wiedererwachenden Ruf «Zurück zur Natur!», dabei eine gewisse Rolle spielen.

In der Schweiz haben auf Ende 1959, im Vergleich zum Vorjahr, die Städte La Chaux-de-Fonds, Le Locle, Baden und Davos einen geringfügigen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, während die Einwohnerzahl von Rorschach und des Kantons Nidwalden ungefähr gleich geblieben ist.

Es versteht sich von selbst, dass die Auflockerung der Städte den Bedürfnissen des zivilen Bevölkerungsschutzes entspricht, indem dadurch die Gefährdung des menschlichen Lebens im Kriegsfall vermindert wird. a.